

Änderungsantrag

**der Abgeordneten Dr. Klaus Grehn, Pia Maier, Monika Balt, Dr. Heidi Knake-Werner
und der Fraktion der PDS**

**zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2001
– Drucksachen 14/4000 Anlage, 14/4302, 14/4511, 14/4521, 14/4522, 14/4523 –**

**hier: Einzelplan 11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Zuschuss des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit (Kapitel 11 12
Titel 616 31-225) wird auf 2 Mrd. DM erhöht.

Berlin, den 28. November 2000

**Dr. Klaus Grehn
Pia Maier
Monika Balt
Dr. Heidi Knake-Werner
Roland Claus und Fraktion**

Begründung

Trotz leichtem Rückgang der Zahl der Arbeitslosen, vor allem auf Grund konjunktureller Faktoren, ist die Arbeitslosigkeit mit über 3,78 Milliarden Arbeitslosen (August 2000) nach wie vor außerordentlich hoch. Es ist weiterhin kein Abbau des Sockels der Massenarbeitslosigkeit in Sicht. Im Osten Deutschlands ist die aktuelle Arbeitslosenquote mit 17 % mehr als doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern (7,4 %).

Vor diesem Hintergrund wäre eine vollständige Reduktion des Bundeszuschusses an die Bundesanstalt für Arbeit unverantwortlich, da ein weiterer Abbau der Arbeitslosigkeit auch eines erhöhten Einsatzes der Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik bedarf.

Gerade in den neuen Bundesländern, aber auch in westdeutschen Regionen mit besonders hohen Arbeitslosenzahlen, sollten verstärkt Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik eingesetzt werden. Dazu muss die Bundesanstalt für Arbeit durch die Aufrechterhaltung eines Zuschusses in Höhe von 2 Mrd. DM in die Lage versetzt werden.